

# ORIGINAL

## ANTRAG

No. ....688/A  
Präs.: 0 2. MRZ. 1994

der Abgeordneten Dr. Nowotny, Dr. Stummvoll  
und Genossen

betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 30. November 1982 über  
Sonderbestimmungen im Zusammenhang mit der Erhöhung des Grundkapitals der  
Creditanstalt-Bankverein und der Österreichischen Länderbank Aktiengesellschaft und über  
die zugehörigen budgetären Maßnahmen, BGBl. 632/1982, zuletzt geändert durch das  
Bundesgesetz, BGBl. 163/1991 und  
das Bundesgesetz vom 6. Mai 1976 über Sonderbestimmungen im Zusammenhang mit der  
Erhöhung des Grundkapitals der Creditanstalt-Bankverein und der Österreichischen  
Länderbank Aktiengesellschaft im Jahre 1976 und über die zugehörigen budgetären  
Maßnahmen, BGBl. 256/1976, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. 163/1991  
aufgehoben werden

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 30. November 1982 über  
Sonderbestimmungen im Zusammenhang mit der Erhöhung des Grundkapitals der  
Creditanstalt-Bankverein und der Österreichischen Länderbank Aktiengesellschaft und über  
die zugehörigen budgetären Maßnahmen, BGBl. 632/1982, zuletzt geändert durch das  
Bundesgesetz, BGBl. 163/1991 und  
das Bundesgesetz vom 6. Mai 1976 über Sonderbestimmungen im Zusammenhang mit der  
Erhöhung des Grundkapitals der Creditanstalt-Bankverein und der Österreichischen  
Länderbank Aktiengesellschaft im Jahre 1976 und über die zugehörigen budgetären  
Maßnahmen, BGBl. 256/1976, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. 163/1991  
aufgehoben werden

Der Nationalrat hat beschlossen:

1. Das Bundesgesetz vom 30. November 1982 über Sonderbestimmungen im  
Zusammenhang mit der Erhöhung des Grundkapitals der Creditanstalt-Bankverein und  
der Österreichischen Länderbank Aktiengesellschaft und über die zugehörigen  
budgetären Maßnahmen, BGBl. Nr. 632/1982, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz,  
BGBl. Nr. 163/1991, tritt außer Kraft.

2. Das Bundesgesetz vom 6. Mai 1976 über Sonderbestimmungen im Zusammenhang mit der Erhöhung des Grundkapitals der Creditanstalt-Bankverein und der Österreichischen Länderbank Aktiengesellschaft im Jahre 1976 und über die zugehörigen budgetären Maßnahmen, BGBl. Nr. 256/1976, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 163/1991, tritt außer Kraft.

In formeller Hinsicht wird beantragt, den gegenständlichen Antrag unter Verzicht auf die erste Lesung dem Finanzausschuß zuzuweisen.

H. Ny      Schub  
H. Grod      Wippl  
                Witzig

-3-

**Begründung:**

Anlässlich der seinerzeitigen Teilprivatisierung von CA-BV und ÖLB wurden einige, die Vorzugsaktien bzw. jungen Vorzugsaktien dieser Banken betreffende und als historisch zu bezeichnende, Sondervorschriften erlassen.

So hatten die Vorzugsaktionäre bspw. kein Stimmrecht und auch kein Bezugsrecht auf Stammaktien.

Das Bundesgesetz betreffend den Verkauf von Aktien verstaatlichter Banken, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 163/1991 wurde durch § 106 Z 8 und 9 (Z 9 war zur Aufhebung der Verfassungsbestimmung des Gesetzes erforderlich) des Bankwesengesetzes 1993 (BGBl. Nr. 532/1993) aufgehoben.

Die den Gegenstand dieses Initiativantrages bildenden Gesetze haben die Sonderbestimmungen, die im Bundesgesetz betreffend den Verkauf von Aktien verstaatlichter Banken enthalten waren und für Vorzugsaktien galten, auf junge Vorzugsaktien übertragen.

Die Tatsache, daß das Bundesgesetz betreffend den Verkauf von Aktien verstaatlichter Banken bereits mit Inkrafttreten des Bankwesengesetzes aufgehoben wurde, nicht allerdings die beiden anderen einschlägigen Gesetze, ist wohl als Versehen zu bezeichnen.

Deshalb erscheint eine Vereinheitlichung der Rechtslage durch Aufhebung der für die jungen Vorzugsaktien geltenden Sonderbestimmungen wünschenswert.

Auch im Hinblick auf die weitere Teilprivatisierung der CA-BV scheint es günstig, die durch die ggstl. Gesetze geschaffene "Sonderkategorie" von Vorzugsaktionären aufzuheben.

EU-Kompatibilität: Kein Anknüpfungspunkt vorhanden.